Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 67 Januar 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

die Brexittragödie nimmt ihren Lauf. Die absurde innenpolitische Lage in Großbritannien macht gleichzeitig deutlich, was wir an der EU haben. Denn es gibt zwar viele Gründe, die Europäische Union zu kritisieren, sich Reformen zu wünschen und für ein besseres, ein demokratischeres, ein sozialeres Europa zu streiten. Aber die EU verlassen UND wirtschaftliche Vorteile, persönliche Freiheiten, offene Grenzen und multilaterale Stärke genießen – das geht eben nicht.

Im Mai werden wir das neue Europäische Parlament wählen – vielleicht die wichtigste europäische Wahl, die es in der Geschichte der Union je gab. Die Rechtspopulisten und Europafeinde lauern auf einen Erfolg ihrer aufwiegelnden, teils hetzerischen Rhetorik. Sie verfechten angeblich die Souveränität ihrer Völker, aber wollen die demokratischste Institution der EU, das Europäische Parlament, in seinen Zuständigkeiten beschneiden, am besten ganz abschaffen. Sie verbünden sich über europäische Grenzen hinweg, um für Abschottung und nationale Alleingänge zu strei-

ten. Sie loben das fatale Chaos des Brexit als Vorbild an Stärke und Souveränität.

Das sollte uns alle wachrütteln. Und es sollte uns ermuntern, wieder miteinander darüber zu diskutieren, was ein geeintes Europa für uns bedeutet. Und wie Europa aussehen könnte, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, es zu verbessern, anstatt seine Fundamente zu beschädigen. Europa ist nicht das Problem, Europa ist die Antwort: ob beim Kampf gegen Steuerhinterziehung, Klimawandel oder Terrorismus, ob beim Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, sichere Infrastruktur oder den menschlichen Umgang mit Geflüchteten. Es ist der Garant für eine friedliche Zukunft auf unserem Kontinent. Der Exit vom Brexit wäre mir persönlich am liebsten...

Ihre/Eure





Viele Menschen in Deutschland hoffen tagtäglich auf eine lebensrettende Organspende. Und viel zu viele dieser Menschen sterben, während sie warten. Wie Menschen in Zukunft am besten dokumentieren lassen können, ob sie Spender sein wollen oder nicht, darüber wird im Bundestag bereits ausführlich und über Fraktionsgrenzen hinweg debattiert. Eine Entscheidung dazu wird kommen. Genauso wichtig ist aber die Verbesserung der genauen Umstände, unter denen Organspenden stattfinden können. Bisher haben Krankenhäuser beispielsweise einen hohen finanziellen Aufwand ohne ausreichende Vergütung, wenn sie ein Spenderorgan entnehmen. Viele Krankenhäuser sind damit überfordert zu erkennen, wer ein potenzieller Spender ist. Das wollen wir ändern. Finanzielle Anreize zur Entnahme von Spenderorganen wird es auch in Zukunft nicht geben. Aber Verluste sollte ein Krankenhaus, das Spenderorgane sicherstellt, eben auch nicht machen. Das regeln wir durch ein Gesetz, das Anfang des Jahres in den Bundestag eingebracht wurde.

Nicht nur Geld, auch Zeit ist in den Krankenhäusern oft ein Problem. Die Transplantationsbeauftragten in den Häusern sollen deshalb mehr Zeit für ihre Aufgaben bekommen. Dazu regelt das Gesetz, dass sie abhängig von der Größe des Krankenhauses, in dem sie arbeiten, einen bestimmten Anteil ihrer Arbeitszeit ausschließlich ihrer Aufgabe als Transplantationsbeauftragten widmen können. Die Krankenhäuser bekommen diese Arbeitszeit zusätzlich bezahlt. Außerdem erhalten die Beauftragten auch Zugang zu den nötigen Informationen, um potenzielle Spenderinnen und Spender erkennen zu können.

Das Gesetz sieht vor, dass es den engsten Angehörigen der Spenderinnen und Spendern und den Empfängern der Organspenden ermöglicht wird, anonym Kontakt miteinander aufzunehmen, wenn beide Seiten das möchten. Für viele Angehörige ist diese Möglichkeit ein großer Trost. Auch Empfängerinnen und Empfänger von Spenderorganen haben oft das Bedürfnis, ihren Dank aussprechen zu können.

Meilenstein für den Klimaschutz

Die Kohlekommission hat – zur Überraschung einiger Kritiker – handfeste Ergebnisse geliefert. Akteure mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Thematik haben zusammengearbeitet für einen Kompromiss: In der Kommission saßen 28 stimmberechtigte Mitglieder aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie Umweltverbände, Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Gewerkschaften. 27 Mitglieder stimmten dem Kompromiss am Ende zu. Dass wir damit in den nächsten zwanzig Jahren den kompletten Kohle-

ausstieg erreichen werden, ist ein wichtiger Meilenstein für den Klimaschutz. Gleichzeitig sollen für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen insgesamt 40 Milliarden Euro eingesetzt werden. Auch eine Sicherheitszusage an die Beschäftigten wurde vereinbart. Nun müssen diese Ergebnisse noch in Gesetze gegossen werden. Wir als SPD werden uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen, diese und weitere Maßnahmen für den Klimaschutz und eine sozial gestaltete Energiewende umzusetzen. Mehr Infos —> hier



Bereits im Sommer 2018 wurde die "Konzertierte Aktion Pflege" gestartet. Arbeits-, Familien- und Gesundheitsministerium bringen mit dieser Aktion alle wichtigen Akteure für die Pflege an einen Tisch. Dazu gehören nicht nur Vertreter von Landes- und Bundespolitik, sondern auch Arbeitgeberverbände, Berufsverbände, Gewerkschaften, Kirchen und viele mehr.

Insgesamt gibt es fünf Arbeitsgruppen in der Aktion. Die erste dieser Arbeitsgruppen beschäftigt sich mit den Themen Ausbildung und Qualifizierung und wird von Familienministerin Franziska Giffey geleitet. Sie hat schon jetzt Ergebnisse geliefert und eine neue Ausbildungsoffensive Pflege gestartet. Alle, die rund um die Gewinnung und Qualifizierung von Pflegekräften Verantwortung tragen, haben sich zu konkreten Maßnahmen verpflichtet. Es wurden Verabredungen getroffen, um sowohl jungen Menschen, die sich in einer beruflichen Orientierungsphase befinden, als auch lebenserfahrenen Menschen ein positives Bild vom Pflegeberuf zu vermitteln. Das ist des-

halb so wichtig, da gut ausgebildete und motivierte Pflegekräfte Dreh- und Angelpunkt einer guten, würdevollen und zuverlässigen Pflege sind. Wir brauchen mehr Menschen, die diesen tollen Beruf erlernen und ausüben.

Mit der Reform der Pflegeberufe aus der letzten Legislaturperiode haben wir schon einen guten Grundstein für die Aufwertung des Pflegeberufs gelegt. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Reform ist deshalb auch eines der Ziele der Arbeitsgruppe. Außerdem wurden konkrete Verabredungen getroffen, um eine Durchlässigkeit im Pflegeberuf zu fördern. Denn auch in der Pflege kann man Karriere machen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und die Bundesagentur für Arbeit werden die vielen vorhandenen Instrumente gezielt dafür einsetzen, Pflegekarrieren zu fördern. So plant beispielsweise die Göppinger Arbeitsagentur einen großen Informationstag zur Pflege für Mai dieses Jahres, für den ich die Schirmherrschaft übernommen habe.

Azubis endlich gerecht entlohnen

Auszubildende haben eine ordentliche Bezahlung verdient. Deshalb haben wir die Mindestausbildungsvergütung in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Der Gesetzentwurf, der jetzt von CDU-Bildungsministerin Karliczek vorgelegt wurde und der nur 504 Euro Vergütung im ersten Lehrjahr vorsieht, ist aber unzureichend. Wer die Berufsausbildung stärken will, darf die Auszubil-

denden nicht schlechter behandeln als Schüler. Wir erwarten, dass sie ihren Entwurf korrigiert. Die Mindestausbildungsvergütung muss an der Tarifentwicklung anknüpfen und damit daran, was Betriebe ihren Auszubildenden tatsächlich zahlen. Nur so wird die Mindestvergütung dazu führen, dass Azubis auch tatsächlich mehr Geld in der Tasche haben.

Unterwegs im Landkreis

In der Vesperkirche in Geislingen mitarbeiten zu können, war richtig schön. Dabei unterhielt ich mich mit vielen Gästen und Ehrenamtlichen, von denen ein Großteil schon seit 14 Jahren im Winter für gute Gemeinschaft beim Mittagessen in der Pauluskirche sorgt. Tolles Engagement!





Gut aufgestellt für die Kommunalwahl ist die SPD Göppingen. Das zeigte sich beim gut besuchten Neujahrsempfang im Farrenstall in Faurndau mit schönen Begegnungen und intensiven Gesprächen.

Beim Ortsbesuch in Schlierbach betonte der neue Bürgermeister Sascha Krötz, wie wichtig es ist, die Schulen für die Herausforderungen des digitalen Zeitalters fit zumachen. Nur mit Unterstützung des Bundes kann es gelingen, die Digitalkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Der Digitalpakt muss kommen!



Heike Baehrens





...saßen erstmals auch Frauen im deutschen Parlament — die meisten davon für die SPD. Viele der Frauen trugen weiße Kleidung, um sich von den traditionell dunkel gekleideten Herren sichtbar abzusetzen.



...haben wir dieses historische Ereignis sichtbar in Erinnerung gerufen. Auch in der Sitzordnung zeigt sich der Anspruch unserer SPD-Fraktion: Parität in der Politik! Mit dem Frauenwahlrecht haben Frauen und ihre Wegbegleiter vor hundert Jahren einen Meilenstein der Gleichberechtigung erstritten. Aber auch heute bleibt noch viel zu tun.



Termine - 01. bis 22. Februar 2019

Freitag, 01. Februar 2019 20:00 Uhr Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Göppingen Turnhalle des TV Holzheim

Montag, 04. Februar 2019 11:00 Uhr Gespräch zur Kurzzeitpflege Vinzenzklinik Bad Ditzenbach

Jour Fixe mit Sascha Binder MdL und Peter Hofelich MdL

Dienstag, 05. Februar 2019 10:00 Uhr Treffen der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit der SPD-Landtagsfraktion Stuttgart Dienstag, 05. Februar bis Donnerstag, 07. Februar Delegationsreise des Unterausschusses Globale Gesundheit zur Weltgesundheitsorganisation Genf

Freitag, 08. Februar bis Samstag, 09. Februar Sozialkammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Berlin

Montag, 11. bis Freitag, 22. Februar Sitzungswochen in Berlin

Bürgerbüro

13:00 Uhr



Roth Carreé Schillerplatz 10 73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46 Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1 11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157 Fax: 030 / 227 70159



